

Gemeinsamkeit und Wohnen mit 60+ Mit vielen Ideen noch einmal richtig durchstarten...

Aber auch mit der Realität, wie das Leben künftig verlaufen soll. Ich gehöre jetzt auch zu der Generation 60+. Wie wollen wir das Alter genießen? Wie können wir die scheinbar letzte Etappe des Lebens so gut wie möglich meistern?

Bei den letzten Seniorentagen in der Burg Seevetal war ich das erste Mal dabei und habe feststellen können, dass es viele tolle Angebote von Seiten der Wirtschaft für die ältere Generation gibt. Aber es wird auch klar, dass unter Umständen weniger Mobilität dazu gehören kann. Die Menschen in Deutschland werden immer älter, wirklich vorbereitet ist unsere Gesellschaft darauf nicht. „Für das Leben nach dem Eintritt ins Rentenalter haben die meisten Menschen nur einen Wunsch: So lange wie möglich gesund zu bleiben und in vertrauter Umgebung selbstbestimmt leben zu können. Ob Mehrgenerationenhaus, Seniorenresidenz, betreutes Wohnen oder Alten-WG, ganz wichtig sind die sozialen Kontakte untereinander.“ Besagen doch aktuelle Studien, dass weit über zwei Drittel der Menschen im Alter in völliger Isolation leben. Keine persönlichen Gespräche, kein Ansprechpartner, das Gefühl, nicht mehr gebraucht zu werden kann bei alleinlebenden Personen stärker werden. Wie wollen wir im Alter leben? Der ehemalige Bürgermeister von Bremen Henning Scherf hat für sich diese Frage gelöst, als das Modell »Alten-WG« hierzulande noch in den Kinderschuhen steckte. Mit viel Enthusiasmus und sprühend vor Freude berichtete er von seinem Projekt. Das ist ungefähr das, wie wir uns auch unser Leben künftig vorstellen. Wie sagt es ein israelisches Sprichwort so schön: „Das Leben fängt an, wenn die Kinder aus dem Haus sind und der Hund tot ist.“

Wie mache ich das aber mit Haus und Garten? Ich könnte mir auch gut vorstellen, eine überschaubare Wohnung, altersgerecht und zentral gelegen in meiner gewohnten Umgebung zu beziehen. Aber nicht anonym sondern mit Gleichgesinnten. Seit ich jetzt seit 10 Jahren Kommunalpolitik in Fleestedt und Seevetal mit grosser Freude mitgestalte, habe ich diese Gemeinde und vor allem auch Fleestedt lieb gewonnen. Ich habe viele interessante, aktive Menschen kennen gelernt und möchte ein-

fach hier meinen/unseren Lebensabend weiterhin verbringen.

Jetzt zu meinem Wunschtraum. In Fleestedt wird ein sogenanntes Filetgrundstück – der Sportplatz – frei. Ein kleines Stück davon wäre der richtige Platz für so ein „gemeinschaftliches Wohnprojekt“. Da ich in der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft eine Ausbildung als Kauffrau gemacht und auch in dem Beruf gearbeitet habe, käme mir das jetzt zu Gute und so mache ich meine Pläne.

1. Ein geeignetes Grundstück, zentral und mit Nahversorgern
2. Überschaubare Größe des Objektes mit ca. 10 bis 15 Einheiten, aufgeteilt in 1-, 2- und 3-Zimmerwohnungen
3. Bezahlbar! Miete oder Kauf muss möglich sein
4. Kostensparend durch Selbstverwaltung oder Genossenschaft.
5. Gemeinschaftsräume und Garten für alle Bewohner
6. Soziales Miteinander, Gleichgesinnte finden, die Lust haben und Einsatz bringen etwas Sinnvolles zu gestalten
7. Es fehlen kleine, bezahlbare Wohnungen hier für junge Leute. Ein bisschen Mischung im Alter wäre schön.

Es gibt so viele Fragen und Ideen, die sich auf-tun. Fängt man erst einmal an, kann aus dem Wunschtraum Wirklichkeit werden. Mein Mann Rainer und ich würden dieses Projekt gerne verwirklichen. Über Interessierte und vielleicht auch weitere Ideen sind wir dankbar.

Angelika
Ambrosius
Schrankenweg 11
21217 Seevetal
Fon: 04105 4250
Mail:
a.ambrosius@
spd-seevetal.de



Faire Finanzen für handlungsfähige Kommunen

Anfang des Jahres 2010 betrug die Gesamtverschuldung aller kommunalen Gebietskörperschaften in Niedersachsen rund 4,5 Milliarden Euro! In den kommenden Jahren sind große Anstrengungen erforderlich, um die Verschuldung nicht weiter ansteigen zu lassen und nach Möglichkeit zu reduzieren. Allerdings sind die Gestaltungsspielräume der Kommunen auf ein Minimum geschrumpft. Weil Schlüsselzuweisungen einseitig vom Land gekürzt wurden, erhält der Kreis 2011 3,4 Mio. Euro weniger als veranschlagt. Außerdem ist die gesetzliche Grundlage für das Weiterreichen der Gelder vom Bund an die Kommunen Ende 2010 ausgelaufen. Da bis heute ein neues Gesetz fehlt, leisten die Länder keine Zuschusszahlungen an die Kommunen. Ohne handlungsfähige Kommunen können die gesellschaftlichen Herausforderungen nicht bewältigt werden. Die Kommunen sind systemrelevant für eine funktionierende Demokratie. Angesichts der dramatischen Entwicklung vieler kommunaler Haushalte wird kommunale Selbstverwaltung immer mehr zur „Mangelverwaltung“. Die Konsequenzen für immer mehr Kommunen sind: Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger werden erheblich eingeschränkt, Steuern und Gebühren erhöht und dringend notwendige Investitionen in die kommunale Infrastruktur zurückgestellt. Ohne eine rasche und nachhaltige Verbesserung der Kommunal Finanzen wird sich die soziale Spaltung der Gesellschaft dann vertiefen und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat weiter abnehmen. Deshalb fordern wir eine angemessene Finanzausstattung für Landkreise, Städte und Gemeinden und lehnen die auf Bundesebene im Koalitionsvertrag angedachte Abschaffung der Gewerbesteuer ab.



Thomas Biehl

Energiewende im Landkreis Harburg

Wir werden die Energiewende im Landkreis Harburg umsetzen; dazu hat die SPD-Kreistagsfraktion folgenden Antrag formuliert: „Für das Kreisgebiet erstellt der Landkreis Harburg ein Energiekonzept.“ Die Begründung dazu lautet: Der Landkreis Harburg muss sich auf die von allen Bundestagsparteien geforderte Energiewende einstellen.

Die Zukunft gehört der Dezentralen Energieerzeugung. Die Energieeffizienz ist zu erhöhen und der Energieverbrauch zu reduzieren, ohne die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger zu verschlechtern. Energie muss für alle bezahlbar bleiben.

Diese Ziele sind nur im Konsens mit allen Bürgerinnen und Bürger, den Gemeinden, Samtgemeinden, den Energieversorgern vor Ort, den Naturschutzverbänden, der IHK und der Handwerkskammer zu erreichen. Alle hier Angesprochenen sind bei der Aufstellung des Energiekonzeptes zu beteiligen. Diese Sichtweise der SPD-Kreistagsfraktion wird durch „unser“ Kreiswahlprogramm gestärkt. Im Kapitel VII werden Vorhaben für die nächsten Jahre aufgelistet - hier eine Auswahl: Ökostrom für alle landkreiseigenen Anlagen. Bereitstellen von Flächen für die Nutzung der Sonnenenergie. Gründung eines Kompetenzzentrums Erneuerbare Energien. Fachforen, z.B. zur energetischen Sanierung privat und gewerblich genutzter Gebäude.

Noch einmal die Grundaussage:
Die SPD wird die Energiewende im
Landkreis Harburg umsetzen.



Reinhard
Riepshoff

Zukunftsprogramm einstimmig beschlossen

Die SPD im Landkreis Harburg hat am 7. Mai in der Winsener Stadthalle einstimmig ihr „Zukunftsprogramm Landkreis Harburg“ beschlossen. Gleichzeitig wurde auf dem ordentlichen Unterbezirksparteitag ein neuer Unterbezirksvorstand für die nächsten zwei Jahre gewählt.

In drei öffentlichen Werkstattgesprächen war das Kreiswahlprogramm unter Einbeziehung namhafter Expertinnen und Experten erarbeitet worden. Seine zentrale Themen sind Bildung für alle, ein Netzwerk für unsere Kinder und Jugend, Arbeit und Wirtschaft, zukunftsweisende Regionalplanung, die Stärkung des sozialen Zusammenhalts, Wohnen und Leben im Alter, Umwelt- und Naturschutz, die Förderung der Erneuerbaren Energien, nachhaltige Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Mobilität für alle, nachhaltige Investitionen in die kommunale Infrastruktur sowie solide Finanzen. Den Ortsvereinen wurde Gelegenheit gegeben, das Programm in ihren Reihen zu diskutieren und Änderungs-/Ergänzungswünsche einzubringen. Schwerpunkte auch der Diskussion auf dem Unterbezirksparteitag waren die Forderung nach Gesamtschulen, die verstärkte Förderung

von Erneuerbaren Energien und die Stilllegung des Atomkraftwerks Krümmel ebenso wie die Kritik an der Verpressung von Kohlendioxid in unterirdische Gesteinsschichten. Große Sorge bereitet der Kreis-SPD die Begehrlichkeit Hamburgs beim Abzapfen von Heidewasser.

Intensiv diskutiert wurde das Thema „Elbvertiefung“, das einerseits die Arbeitsplätze auch im Hamburger Umland berührt, andererseits aber unter dem Gesichtspunkt des Deichschutzes steht. Letztendlich sprach sich der Parteitag gegen die Elbvertiefung aus.



Für die nächsten zwei Jahre wurde ein neuer Unterbezirksvorstand gewählt, der vom bisherigen Vorsitzenden Klaus-Dieter Feindt geführt wird.

Freizügigkeit – Fluch oder Segen?

In Deutschland wird das Für und Wider der Arbeitnehmerfreizügigkeit heftig diskutiert. Seit dem 1. Mai 2011 gilt auch in Deutschland sowie in den acht Ländern, die 2004 der EU beigetreten sind, die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit. Viele Unternehmen begrüßen den möglichen Zugang gut ausgebildeter und qualifizierter Arbeitnehmer. Die Gewerkschaften befürchten Lohndumping, ein aufweichendes Lohn- und Gehaltsgefüge und die Aushebelung von unbefristeten Arbeitsverträgen. Bereits lange vor diesem Stichtag standen deutsche Leiharbeitsfirmen im Verdacht, hinter der Grenze Tochterfirmen ins Leben zu rufen, um beim Start in die Freizügigkeit mit

Heerscharen billiger ausländischer Arbeitskräfte den deutschen Arbeitsmarkt zu überschwemmen. Im derzeitigen Aufschwung ist der Ruf nach qualifizierten Arbeitskräften besonders laut – mit dem Hinweis, dass der Aufschwung ansonsten gefährdet sei. Doch was ist die Kehrseite der Medaille? Die Gefahr sinkender Arbeitslöhne hierzulande ist nicht von der Hand zu weisen. Dem können wir nur entgegentreten, wenn wir für alle Branchen Mindestlöhne festlegen. Mindestlöhne verhindern das sogenannte „Aufstocken“ – das Auffüllen der Löhne durch „Hartz IV“, also durch Steuern, die ja wiederum von Unternehmen und Beschäftigten zu zahlen



Hans-Joachim Hinsch

weniger für die Bürgerinnen und Bürger tun können. Werden ausländische Arbeitskräfte über Leiharbeitsfirmen bei uns tätig, wird dies tendenziell auch die Bereitschaft der Unternehmen verringern, unbefristete Festanstellungen zu vergeben. Festanstellungen

sind. Ein gutes Lohn- und Gehaltsniveau ist aber wichtig für Konsumausgaben und damit für die Belegung der Wirtschaft. Mehrausgaben bei „Hartz IV“ durch „Aufstocken“ heißt auch, dass unsere Kommunen in noch mehr finanzielle Engpässe geraten und noch

ohne Vertragsbefristung sind aber wichtig für die Lebensplanung der Menschen, denn ohne Lebensplanung dürfen wir uns nicht über eine schwindende Bevölkerung wundern. Welche Konsequenzen hätte das Lohndumping für unsere Region? Die Aufträge für unsere Gewerbetreibenden blieben aus, die Arbeitsplätze würden wegrationalisiert, die Arbeitslosenquote könnte anschwellen – ist dann die logische Konsequenz, auf mehr Freizügigkeit in der Europäischen Union zu verzichten? Nein – aber wir müssen die Stellschrauben richtig justieren, die Bedingungen zum Beispiel durch die Einführung von Mindestlöhnen vergleichbar machen und darauf achten, dass unser ausgewogenes System nicht kollabiert.

Nur ein sozial ausgewogenes Europa wird von den Menschen akzeptiert werden. Und nur so kann Europa funktionieren.

Familienförderung umstrukturieren

Ende April 2011 erschien eine viel beachtete Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), in der Aspekte der internationalen Familienpolitik verglichen werden.

Die OECD-Studie „Doing Better for Families“ hat wiederholt deutlich gemacht, dass in Deutschland die Kinder- und Familienförderung zu kurz kommt. Wir geben aber nicht zu wenig Geld aus, sondern setzen es an den falschen Stellen ein! Darunter leiden vor allem Kinder aus sozial schwachen Familien, viele auch mit Migrationshintergrund.

Obwohl wir mehr Geld als die meisten anderen OECD-Länder in die öffentlichen Ausgaben für Familien und Kinder investieren, hängt unser Land im Vergleich aller 34 OECD-Staaten bei den Geburtenraten und bei der Versorgungsstruktur von Kindertagesstätten und Schulen seit mehr als 30 Jahren hinterher. Bei der Geburtenrate belegen die Deutschen mit den Japanern den viertletzten Platz. Frankreich, Großbritannien oder die skandinavischen Länder geben im Verhältnis zu ihrer Wirtschaftskraft deutlich mehr für Schule, Kindergärten oder Geldleistungen aus. Das Ergebnis: Sie gehören zu den geburtenstarken Ländern in der OECD und haben ein deutlich besseres Bildungsniveau. Die schwarz-gelbe Bundesregierung muss endlich handeln und grundlegende Korrekturen bei der staatlichen Kinder- und Familienförderung vornehmen, um den Rückstand aufzuholen! Die Einführung des „Bildungs- und Teilhabepaketes“ für Kinder von Hartz IV- und Wohngeld-Empfängern ist der falsche Weg. Anstatt Strukturen zu fördern,

wird mehr Geld in Bürokratie gesteckt als bei den Kindern und Familien ankommt. Es ist an der Zeit, verstärkt in die frühe Kindheit zu investieren. Ein entscheidender Schritt ist der Rechtsanspruch auf Förderung von Kindern ab dem ersten vollendeten Lebensjahr in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege ab 2013. Wir brauchen längere Öffnungszeiten in Krippen und Kindergärten, einen besseren Betreuungsschlüssel und mehr Sprachförderung. Außerdem muss die Bundesregierung weitere Anstrengungen unternehmen, um den von der SPD in der Großen Koalition durchgesetzten Ausbau der Kita-Plätze sicherzustellen. Auch die außerschulische Betreuung muss ausgebaut werden. In Deutschland nehmen nur etwa zehn Prozent aller Grundschüler an Pädagogischen Mittagstischen und anderen Formen der Schülerbetreuung teil. Nachhilfeunterricht muss kostenlos an Schulen angeboten werden, so wie es jetzt beispielsweise in unserem Nachbarland Hamburg eingeführt wird.



Angelika Tumuschat-Bruhn

Was wird aus unseren Landkreisschulen?

Einiges ist in Bewegung geraten in der Schulentwicklung unseres Landkreises. Gegen jahrzehntelange Widerstände haben Elterninitiativen maßgeblich dazu beigetragen, in Buchholz und Winsen den Weg für die Einführung von Integrierten Gesamtschulen (IGS) endlich frei zu machen. Jede dieser Schulen wird fünf Parallelklassen führen, so dass jedes Jahr an jeder Schule 150 Kinder aufgenommen werden können. Das Interesse der Eltern daran ist riesig. Es werden doppelt so viele Anmeldungen erwartet wie Plätze zur Verfügung stehen. Die Kreistagsmehrheit aus CDU und FDP hat jahrzehntelang am Elternwillen vorbeiregiert und Gesamtschulen verhindert. Es ist zu hoffen, dass sie dafür am 11. September zur Kommunalwahl die Quittung bekommen. Auch in der Elbmarsch hat eine starke Elterninitiative erreicht, dass die Marschachter Haupt- und Realschule sehr wahrscheinlich unter dem Dach der neuen „Oberschule“ ein gymnasiales Angebot unterbringen kann und damit für einen Teil der Kinder kürzere Schulwege entstehen. Ähnliches gilt für die Samtgemeinde Jesteburg, wo eine hochaktive Elterninitiative die Entstehung einer „Oberschule“ (als zusammengefasste Haupt- und Realschule mit gymnasialem Zweig) fordert und begleitet. Ob diese neue Schulform außer der kommunalpolitisch interessanten Sicherung oder dem Ausbau eines Schulstandortes sonst noch pädagogischen Nutzen stiftet, muss sich erst noch erweisen. Bleibt das Interesse der Eltern an Integrierten Gesamtschulen so hoch wie jetzt, muss auf jeden Fall über die Gründung weiterer Gesamtschulen intensiv diskutiert werden. Auch hier könnten Elterninitiativen den politischen Entscheidungsprozess sehr positiv beeinflussen.

Also, liebe Eltern, organisiert Euch!

Prof. Dr. Jens-Rainer Ahrens



IHRE ANSPRECHPARTNER

Hittfeld, Emmelndorf,
Helmstorf, Lindhorst:
Wolfgang Wöbken,
Telefon: 04105 - 400 58

Meckelfeld, Klein Moor:
Thomas Matull,
Telefon: 040 - 768 14 71

Fleestedt, Glüsingen, Beckedorf,
Metzendorf:
Helmut Schild,
Telefon: 04105 - 3371

Maschen, Hörsten
Hans-Jürgen Lühmann,
Telefon: 04105-816 65

Horst
Helge Schreiber
Telefon: 04185 - 707 037

Ohlendorf,
Ramelsloh, Holtorfshlo
Johann Eckel
Telefon: 04185 - 32 91

Over, Bullenhausen, Groß Moor
Andrea Conrad
Telefon: 040 - 761 15 222

TERMINE

Jeden 1. Montag im Monat:
Stammtisch Meckelfeld im
Helbach-Haus um 19:30 Uhr

Jeden 1. Montag im Monat:
Stammtisch Fleestedt im
Fleester Hoff um 19:30 Uhr

Jeden 2. Dienstag im Monat:
Stammtisch Hittfeld im
Gambrinus um 19:30 Uhr

Aktuelle Termine finden Sie
auch im Internet unter:
www.spd-seevetal.de

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD Seevetal
Redaktion: Jens Feldhusen v.i.S.d.P.,
Angelika Ambrosius, Thomas Biehl,
Helmut Schwager,
Angelika Tumuschat-Bruhn
Layout & Satz: www.tinieckardt.de
Zuschriften: SPD Seevetal,
Schwalbenweg 7, 21220 Seevetal
E-mail: vorstand@spd-seevetal.de
Auflage: 13.000 Exemplare

Etikettenschwindel Oberschule

Nun doch! Nachdem die schwarz-gelbe Landesregierung am Anfang ihrer Regierungszeit die Orientierungsstufe ersatzlos in Bausch und Bogen abgeschafft hat und das dreigliedrige Schulsystem als das Einzige und Gute propagiert hat, die Wende. Die Qualität der Schulabgänger, die dieses System durchlaufen haben, ist teils katastrophal. So wird gerne auf die Leistungen der Gymnasien verwiesen. Es wird aber vergessen, dass das Aussortieren in der vierten Klasse viele schlecht qualifizierte Schulabgänger produziert. Hier sind nicht nur die Jugendlichen ohne Abschluss gemeint. Auch im Ländervergleich sind Niedersachsens Realschüler unterdurchschnittlich. Der Kultusminister hat nun eingesehen, dass das Aussortieren von Ausschuss heißt, dass dieser auch entsorgt werden muss. Aber wir reden hier über unsere Kinder und die müssen wir höchst möglich fördern. Sie in teure und teils erfolglose Maßnahmen nach ihrer verkorksten Schulzeit zu stecken ist unsinnig und unmenschlich. Da die CDU/FDP Landesregierung ihre Fehler nicht eingestehen will, hat sie kurzerhand die Oberschule erfunden. Diese soll besser als alle anderen sein – ausgenommen die Gymnasien. Wie die Oberschule funktioniert weiß

man aber noch nicht. Erlasse und Regelungen folgen nach der Einführung. Beantragen sollen die Schulträger sie aber jetzt. Der Grundsatz, dass der Elternwille und die Meinung der Schule maßgeblich sind, zählt in diesem Fall nicht mehr. Die Hoffnung vieler Eltern, dass ihr Kind über den gymnasialen Zweig einer Oberschule zum Abschluss kommen kann, wie an einer Gesamtschule ist fraglich. So ist jetzt schon klar, dass die aller wenigsten Oberschulen einen gymnasialen Zweig haben werden. Auch fehlt die rechtliche Klärung wo und wie die Oberstufe absolviert werden kann. Diese und viele weitere offene Fragen zeigen das unseriöse Vorgehen der Landesregierung und ihrer Funktionäre vor Ort. Die SPD kann sich nicht der Oberschule verschließen, stellt sie doch in vielen Bereichen eine deutliche Verbesserung zum Bestehenden dar. Unser Ziel ist es aber weiterhin, das Optimum für unsere Kinder zu erreichen!



Helmut Schwager

Rechtsanspruch auf Betreuungsplätze Für Seevetaler Kinder unter 3 Jahren soll er bis 2013 umgesetzt werden

Im Jahr 2008 hat der Deutsche Bundestag das Kinderförderungsgesetz verabschiedet. Damit wird dem SPD Ansatz, die Infrastruktur für Familien zu verbessern, Rechnung getragen. Die konkrete Zielsetzung des Kinderförderungsgesetzes ist, bis zum Jahr 2013 für 35 % der unter 3jährigen Kinder einen Betreuungsplatz vorzuhalten. Für Seevetal bedeutet das, rechnerisch sind mindestens 221 Krippenplätze einzurichten. Auf Initiative der SPD wurde 2008 eine Arbeitsgruppe mit Politik und Verwaltung eingerichtet, die eine Prioritätenliste zum Ausbau des Krippenplatzangebotes erarbeitete und regelmäßig überprüfte. Inzwischen wurde die Hittfelder DRK-Kita „Reetwiesen“ um zwei Krippengruppen und 30 Plätze erweitert: In den DRK-Kitas „Ramelsloh“ und in der „Horsster Landstraße“ in Maschen wurden je 15 neue Krippenplätze geschaffen. Auch die Ev.-luth. Kirchengemeinde Meckelfeld konnte mit Förderung der Gemeinde Seevetal im Gemeindehaus in der Glockenstr. eine Kinderkrippe mit 15 Plätzen einrichten. Die nächsten Krippenplätze entstehen in Over/Bullenhausen. Zum Kindergartenjahr 2011/2012 werden damit weitere 15 Krippenplätze zur Verfügung stehen. Abzüglich der momentan vorhandenen 140 Krippenplätze verbleibt derzeit noch ein Defizit von 81 Plät-

zen. Weitere 30 Plätze werden im nächsten Jahr durch die Maßnahme in der AWO-Kita „Glüsing“ entstehen. Um das Ziel, für 35 % der unter 3jährigen Kinder bis 2013 einen Betreuungsplatz anzubieten, zu erreichen, fehlen in Seevetal dann noch rd. 50 Krippenplätze. In Meckelfeld wird zum Schuljahr 2011/12 eine offene Ganztagschule eingerichtet. Damit ist eine Hortbetreuung nicht mehr notwendig und es bietet sich an, im Helbach-Haus die Kindergartengruppe in die Horträume ins Obergeschoss zu verlegen und im Erdgeschoss eine zweite Krippengruppe mit 15 Plätzen einzurichten. Die SPD unterstützt diese Planung. Wir sind also auf einem guten Weg, in Seevetal ab 2013 den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter 3 Jahren zu realisieren.



Neuer Kindergarten in Over/Bullenhausen